

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 80

28. April 1981

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, betont die Zustimmung der Bürger zur Westbindung; Vertrauen gewachsen.

Seite 1

Reinhard Ueberhorst, Berlins Gesundheitssenator, fordert die rasche Korrektur der ärztlichen Vorprüfung; Einhellige Front.

Seite 3

Karl Ravens MdL, Niedersachsens SPD-Vorsitzender, zur Entlassung von Wissenschaftsminister Pestel; Ein überfälliger Schritt.

Seite 3a

Karl-Heinz Hiersemann MdL sieht bayerische Kabinettsmitglieder in Schwierigkeiten; Gefährliche "Taschengelder".

Seite 4

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 26) 8 12-1

Vertrauen gewachsen

Die Bürger stimmen der Westbindung der Bundesrepublik zu
Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Während Krefelder und Bielefelder Appelle, Friedensmärsche und andere Demonstrationen die politische Ebene beschäftigen und etliche Stimmen die angeblich bereits unvermeidliche Apokalypse predigen, stellt eine Untersuchung von Infas im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fest, daß die Bevölkerung davon offenbar unangefochten bleibt. Obwohl in politisch-intellektuellen Kreisen antiamerikanische Stimmungen umgehen, ist die Zustimmung der Bürger in die Westbindung der Bundesrepublik nicht erschüttert, das Vertrauen in die USA gewachsen und die Kriegsfurcht gesunken. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung können noch den Freund vom möglichen Gegner unterscheiden und bewahren sich den Instinkt dafür, daß das eigene Land, wenn schon, aus dem Osten und nicht aus dem Westen bedroht wird. Sie lehnen dabei gleichzeitig den Rückfall in den Kalten Krieg ab, den manche Heißsporne auf der deutschen Rechten bereits frohlockend ausgerufen haben.

Bei allen Unsicherheiten, von denen die Bundesrepublik erfaßt ist, oder wie man jetzt vorsichtiger sagen muß, erfaßt zu sein scheint, erweist sich der "common man" mit seiner Urteilskraft als der Fels, auf den eine funktionierende Demokratie bauen muß. Mit Recht betonen die Angelsachsen seit jeher, daß die vorsichtigen und beständigen Männer und Frauen mit gesundem Menschenverstand, von denen man nicht sagen kann, daß sie vor lauter Bäume den Wald nicht sehen, das Rückgrat der Demokratie sind.

Wenn Bundeskanzler und Bundesregierung nach dem Auftrag der Verfassung die Interessen aller Bürger des Landes zu vertreten haben, so können sie sich in ihrer Außenpolitik glän-



zend bestätigt sehen. Nach der Umfrage befinden sie sich in hoher Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die sowohl in der Bündnistreue als auch in der Ablehnung des Kalten Krieges die kontinuierliche sozialliberale Sicherheits- und Entspannungspolitik in ihren Grundbedingungen trägt.

Das sollte denen zu denken geben, die die aktuellen Grundlagen dieser Politik, insbesondere den Doppelbeschluß der NATO, in Zweifel ziehen. Diejenigen, die mit Unterschriftensammlungen, Bewegungen der Straße oder sogar diffusen Drohungen eine demokratische Scheinlegitimation gegen die einschlägigen Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse herstellen wollen, müssen sich durch die Umfrage an ihr demokratisches Portepapee gefaßt fühlen.

Nachdenklich sollten aber auch die, die auf Kosten ihres Partners mit Lust am Zündeln ihre Feuerchen an das Gebäude der sozialliberalen Koalition legen. Die Bevölkerung wünscht - so die Umfrage - die Außenpolitik dieser Koalition und empfindet sie als Existenzfrage unseres Landes. Die Bundesregierung wird zur Fortsetzung ihrer Gleichgewichtspolitik und ihrer Politik der Zusammenarbeit mit dem Osten ermuntert, wie sie sich in den bevorstehenden Begegnungen des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Staatschef augenfällig niederschlägt.

Für die SPD ist die Umfrage ein Richtpunkt dafür, wo die Bevölkerung steht. Angesichts des öffentlichen Geräuschs, das neuerdings jeder zerplatzende Bubble Gum vor dem Munde eines Alternativen auslöst, mag das zuweilen in der Perspektive verschwimmen. Vor der gewiß notwendigen Auseinandersetzung mit Protesthaltungen, die die SPD angesichts der gletscherhaften Starre anderer Parteien fast allein führen muß, darf sie als eine große Volkspartei gleichwohl auch nicht optisch vergessen machen, daß sie Gewichte zu setzen versteht und daß nach wie vor die Interessen breitester Bevölkerungsschichten - übrigens auch die älteren Menschen - bei ihr zuverlässig aufgehoben sind. Dialogbereitschaft ehrt, wenn sie nicht zur Nachlauferei wird. Diese ist einer Partei unwürdig, ohne die es die deutsche Demokratie nicht gäbe. Verständnis ist lobenswert, wenn die Festigkeit und das eigene Selbstwertgefühl nicht leiden. Nach wie vor gilt als ehernes Gesetz: Der Kampf um die Mehrheit im deutschen Volk wird nicht an den Rändern und im Grünen entschieden, sondern in der demokratischen Mitte. Die Infas-Untersuchung ist ein neuerlicher Beweis dafür. (-/28.4.1981/ks/ca)

+ + +



Einhellige Front

Rasche Korrektur der ärztlichen Vorprüfung nötig

Von Reinhard Ueberhorst

Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz

Berliner Senator für Gesundheit und Umweltschutz

Es ist eine rasche Korrektur der ärztlichen Vorprüfung nötig. Eine ungewöhnlich einhellige Front scheint sich zusammenzufinden: Von den betroffenen Medizinstudenten über Universitäten, Bundes- und Landesregierungen sind sich alle einig: Das Ergebnis der ärztlichen Vorprüfung von März dieses Jahres, bei dem fast 60 Prozent aller Medizinstudenten das Physikum nicht bestanden, ist ein Skandal.

Mit dieser Feststellung allein ist aber den Studenten - und übrigens auch den Universitäten - nicht geholfen. Zu Recht werden nicht nur die durch die März-Prüfung betroffenen Studenten die Frage aufwerfen, ob wir eine schnelle und glaubwürdige Regelung erzielen können. Geboten ist die Wiedereinführung einer relativen Bestehensklausel. Das ist keine technokratische Sachfrage, die nur für Fachleute von Interesse ist. Mit der "Gleitklausel" steht exemplarisch eine Frage auf der Tagesordnung, die nicht nur von den betroffenen Studenten zu Recht als Frage an die rationale Gestaltungsfähigkeit und -bereitschaft gelesen wird.

Das derzeitige Prüfungsverfahren und die Prüfungsanforderungen passen nicht zusammen. Wenn bei der diesjährigen ärztlichen Vorprüfung fast 60 Prozent durchfallen, kann dies nicht an den Studenten liegen. Hier stimmt etwas nicht am Prüfungssystem. An einer schnellen Abhilfe zugunsten der Betroffenen wird sich zeigen, wie unser Staat bei selbstverursachten Fehlentscheidungen junge betroffene Menschen behandelt. Durch die Wiedereinführung der Gleitklausel muß der derzeitige Systemfehler von Prüfungstechnik und Regelung der Bestehensfrage wieder aufgehoben werden.

Der Gedanke der Gleitklausel bei einer Prüfung, die ausschließlich nach dem Multiple-Choice-Verfahren abläuft (richtiges Ankreuzen aus einer Mehrzahl von vorgegebenen Antworten), beruht auf folgender Überlegung: Der Schwierigkeitsgrad der Prüfungsfragen ist von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Dies darf nicht zu Lasten der Studenten gehen.

Deshalb sollen alle Studenten die Prüfung bestanden haben, die die Durchschnittsleistung aller Studenten dieses Jahrgangs erreicht haben oder knapp darunter liegen. Dies für die Anwendung des M.C.-Verfahrens meines Erachtens einzig sinnvolle Regelung wurde 1979 aufgegeben. Wohin aber eine absolute Bestehensregel führen kann, hat die Vorprüfung vom März gezeigt. Auch deshalb hat das Land Berlin als derzeitiger Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz von Bund und Ländern heute zu einer außerordentlichen Sitzung nach Berlin eingeladen. (-/28.4.1981/ks/ca)

+ + +



Ein überfälliger Schritt

Zur Entlassung von Professor Pestel als niedersächsischer Wissenschaftsminister

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD und SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen

Der Wechsel im Amt des Wissenschaftsministers war seit langem überfällig. Herrn Pestel ist es zu keinem Zeitpunkt seiner Amtszeit gelungen, die Führung seines Ministeriums in den Griff zu bekommen. Er hat vielmehr durch seine Führungsfähigkeit die Hochschulen in einer schwierigen Zeit bundesweiter Diskussion über Hochschulplanung und Studienreform ständigen Wechselbädern ausgesetzt. Die von Herrn Albrecht seinerzeit vorgenommene offensichtliche Fehlbesetzung des Wissenschaftsministeriums hat den Hochschulen Schaden zugefügt.

Ich bekunde meinen Respekt vor den wissenschaftlichen Leistungen, die Professor Pestel als Hochschullehrer vollbracht hat. Pestel hat aber leider den Beweis dafür geliefert, daß ein reformierter Wissenschaftler noch längst kein guter Politiker ist.

Der Ministerpräsident hat sich nicht in der Lage gesehen, einen Nachfolger für den gescheiterten Wissenschaftsminister in den Reihen der niedersächsischen CDU-Fraktion zu finden. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf diese CDU-Landtagsfraktion, die weder einen Innen- noch einen Wirtschaftspolitiker noch einen Justizpolitiker, aber auch keinen Finanzpolitiker und jetzt auch keinen Wissenschaftspolitiker in ihren Reihen hat, der die Voraussetzungen für ein Ministeramt mit sich bringt.

Dem Kandidaten für die Nachfolge von Herrn Pestel, Herrn Cassens, Rechtsanwalt aus Bremen, soll ein "hervorragender Ruf" als Wissenschaftspolitiker vorausseilen, der allerdings weder bei mir noch offenbar bei dem Ministerpräsidenten angekommen ist. Auch Albrecht hat nach Presseberichten die Fachkompetenz von Herrn Cassens in Zweifel gezogen.

Die SPD in Niedersachsen hat seit drei Jahren Zweifel an der Besetzung des Wissenschaftsressort geäußert. Wenn Herr Albrecht jetzt mit seiner Entscheidung unsere Kritik bestätigt und endlich die Konsequenzen zieht, dann fordere ich von ihm einen sauberen und ehrlichen Schnitt. Ich fordere Herrn Albrecht auf, nicht nur Herrn Pestel in allen Ehren zu entlassen, sondern auch zu bedenken, daß weitere Minister offensichtliche Fehlbesetzungen im Amt sind.

(-/28.4.1981/ks/ca)

+ + +



Gefährliche "Taschengelder"

Bayerische Kabinettsmitglieder geraten in Schwierigkeiten

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes zum Flughafen München II hat deutlich gemacht, welche bedenkliche Interessenkollisionen auftreten können, wenn sich ein bayerisches Kabinettsmitglied mit einem umstrittenen Projekt beschäftigen muß - in einer Doppelfunktion des "Neutralen", der für ein ordnungsgemäßes Zustandekommen des Planfeststellungsbeschlusses mit zuständig ist, und des einseitig Engagierten, des Aufsichtsratsmitgliedes der Flughafengesellschaft (FMG).

Die nächsten Schwierigkeiten sind bereits vorprogrammiert: Kommt es bei der geplanten Landessammelstelle für schwach- und mittelradioaktiven Abfall in Mitterteich zu einem Raumordnungsverfahren und werden Gerichtsentscheidungen angestrebt, dann dürfte Umweltminister Alfred Dick vor der gleichen Schwierigkeit stehen wie heute Jaumann mit seinem für ihn unerfreulichen Osterel. Dick ist nämlich unter anderem im Aufsichtsrat der Gesellschaft zur Beseitigung von Sondermüll in Bayern mbH (GSB) als Vorsitzender tätig - der Gesellschaft also, die größtes Interesse an der Errichtung der Sondermülldeponie in der nördlichen Oberpfalz hat, um ihre Kapazitäten ausweiten zu können. Wessen Interessen wird Herr Dick wohl hier vertreten - im GSB-Aufsichtsrat eifrig sekundiert vom Fachmann für Kernenergie im Umweltministerium, Ministerialdirigent Dr. Josef Vogl? Die eher erstaunliche Behauptung aus dem Ministerium, man hätte schon immer gesagt, daß in Mitterteich auch 40.000 Fässer mit Abfall aus Kernkraftwerken gelagert werden sollen neben dem medizinischen Müll, weist wohl jetzt schon die Richtung.

Es ist fürwahr ein Wunder, daß bei den zahlreichen Protesten gegen kerntechnische Anlagen vor den Gerichten bisher nicht ebenso auf die Aufsichtsrats-tätigkeit von bayerischen Kabinettsmitgliedern und Ministerialbeamten, die sich so bevorzugt in den Elektrizitätsgesellschaften, den Hauptgesellschaften der Kernkraftwerke also, tummeln, hingewiesen wurde.

Oder man nehme Herrn Nüssel, seines Zeichens Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Simon Nüssel lag schon vor Jahren an dritter Stelle der Aufsichtsrats-"Arbeiter" im bayerischen Kabinetts, so vielfältig waren seine Verfilzungen mit Raiffeisen, BayWa sowie Molkerei - und anderen Genossenschaften. Wie ein solcher Mann - im Gegensatz



übrigens zu seinem Minister, Dr. Hans Eisenmann - die Interessen der Landwirte vertreten soll, während er gleichzeitig bei deren Handelspartnern, die naturgemäßes Interesse an möglichst niedrigen Erzeugerpreisen haben, im Aufsichtsrat sitzt, ist mehr als fraglich. Nüssels Interessenvertretung zeigt sich deutlich an der negativen Einstellung seines Ministeriums zur Direktvermarktung, die Landwirten und Verbrauchern nützen, die Zwischenträger aber übergehen würde - Raiffeisen-BayWa hätte unliebsamen Wettbewerb zu befürchten. Und es wäre sicher eine Untersuchung wert, ob bei einem Agrarretat, der langsamer anwächst, die indirekte Finanzhilfe beziehungsweise die Umsatzhilfe für BayWa, Südfleisch, Südvieh, Südzucker und sonstige Nüssel-Gesellschaften sich ebenso vermindert.

Eine ausführliche Diskussion über die Aufsichtsratsstätigkeiten wäre also in der Tat wieder angebracht. Was soll denn ein Minister wie Jaumann im FMG-Aufsichtsrat, wenn er nie daran teilnimmt? Wenn die Aufsichtsratsstätigkeit der Minister und Staatssekretäre so aussieht, wird natürlich klar, wie beispielsweise im Jahr 1975 Finanzminister Huber ein knappes Dutzend Aufsichtsräte "schaffte"; unklar ist allerdings, wofür die Kabinettsmitglieder Hunderttausende Mark (1975: 335.000 Mark) erhalten, selbst wenn sie davon einen Teil (was 20 Prozent ihres Minister- beziehungsweise Staatssekretärs-Salärs übersteigt) "an die Bayerische Landesstiftung zur Verwendung für soziale Zwecke" abliefern müssen.

Die letzten Zahlen über die Aufsichtsratsstätigkeiten und -erlöse stammen aus dem Jahr 1975. Sie wurden 1977 von der bayerischen Staatskanzlei in einer Sammelantwort auf zwölf Schriftliche Anfragen von SPD-Landtagsabgeordneten mitgeteilt. Um neuere Zahlen zu erhalten, habe ich mich nun an die Staatsregierung gewandt. Welche Kabinettsmitglieder und auch welche Ministerialbeamte sitzen derzeit in Aufsichtsräten, über welche Beteiligungen der Freistaat an diesen Gesellschaften verfügt? Wie sind diese Tätigkeiten im einzelnen dotiert?

Interessant ist aber auch, wieviel von den einzelnen Kabinettsmitgliedern in den Jahren seit 1975 an die Bayerische Landesstiftung abgeführt wurde und wann dies jeweils geschah. Im Jahre 1975 hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Abführung der Gelder, die nicht behalten werden dürfen, sehr großzügig gehandhabt wird: Einzelne Kabinettsmitglieder brauchten dazu bis zu Ende Mai des folgenden Jahres, und - was die Sache besonders interessant macht - die Zinsen sind nicht mit abzuführen. Was bei mehr als 50.000 Mark abzuführenden Einnahmen (soviel waren es damals bei Minister Huber) und bei einer Verzinsung bis zu 16 Monaten doch ein erkleckliches Sümmchen ausmacht. Die Staatsregierung hatte dieses Verfahren vor vier Jahren mit großer Selbstverständlichkeit dargestellt. Ob sich im Ablieferungsverfahren beziehungsweise dessen Einschätzung etwas geändert hat?

(-/28.4.1981/ks/ca)
Vermittelter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

